

„Räumliche Disparitäten im österreichischen Schulsystem – Strukturen, Trends und politische Implikationen“

Zusammenfassung und Fazit

Der langfristige Bedeutungszuwachs von Information und Wissen, vermittelt und formalisiert durch schulische Qualifikation, stellt einen der wichtigsten Entwicklungsstränge westlicher Gesellschaften dar. Das Bildungssystem wurde in den 60er und 70er Jahren massiv ausgebaut, Schulen und Universitäten neu gegründet und ein immer größer werdender Anteil der Bevölkerung hat die Zugänglichkeit auch tatsächlich genutzt und weiterführende Schulen besucht. Bildung wurde zu einem zentralen Inhalt gesellschaftspolitischer Leitideen, Chancengleichheit durch Bildung zur einprägsamen Parole. Von Volkszählung zu Volkszählung nahm der Anteil der Bevölkerung mit sekundärer oder tertiärer Schulausbildung zu, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen verblieben immer länger im Schulsystem und ein immer höherer Anteil von ihnen erwarb höhere Formalqualifikationen.

Die Bildungsexpansion zeigte sich auch in Form von gestiegenen Schüler- und Studentenzahlen. In den 60er und 70er Jahren nahmen die Schülerzahlen um fast 25% (im Vergleich zu 1951) zu und die Schulbesuchsquote erhöhte sich auf fast 80%. 1981 verzeichnete das österreichische Schulwesen mit insgesamt 1,39 Mio. Schülern und Schülerinnen den bisherigen Höchststand. Zwischen 1981 und 1998 verringerte sich die Schülerzahl von 1,39 Mio. auf 1,2 Mio. und damit um rund 13%. Dieser Rückgang der Schülerzahlen war in erster Linie ein Effekt des Geburtenrückganges. Die steigenden Besuchsquoten von höheren Schulen führten jedoch zu einer Verlängerung der durchschnittlichen Schulausbildung und in weiterer Folge zur teilweisen Kompensation der Effekte sinkender Geburtenzahlen. Die altersbezogene Schulbesuchsquote der 5–19-Jährigen erhöhte sich von 77% auf 86%. Für die Mehrheit der über 15-Jährigen zählt am Ende der 90er Jahre der Besuch einer über die Pflichtschule hinausgehenden mittleren oder höheren Schule zunehmend zur Normalität, die unmittelbare Annahme einer Berufstätigkeit nach Beendigung der Pflichtschule zur Ausnahme.

Zu den „Siegern“ im Wettbewerb um Schüler und Schülerinnen zählen die AHS und besonders die BHS. Zwischen 1951 und 1998 konnte die AHS ihre Schülerzahl um fast 350% steigern. Im Schuljahr 1950/1951 besuchten noch 55.000 Jugendliche die AHS, 1997/1998 waren es bereits 189.000. Noch stärker war die Zunahme der Schülerzahl in den berufsbildenden höheren Schulen. Lediglich 7.500 Jugendliche wählten im Schuljahr 1950/1951 diese Schulart, 1997/1998 waren es 113.000. Keine andere Schulart in Österreich kann auf einen dermaßen erfolgreichen Weg der Etablierung zurückblicken wie die BHS.

Trotz der massiven Verbesserungen im Bereich des österreichischen Bildungssystems hinkt das Ausbildungsniveau der Bevölkerung dem anderer europäischer Staaten hinterher. Die Bildungsexpansion war in Österreich beachtlich und es ist gelungen, die Zahl der Absolventen von berufsbildenden und allgemein bildenden höheren Schulen sowie von Universitäten deutlich anzuheben, aber die Expansion in anderen europäischen Staaten war mindestens ebenso groß, so dass sich der relative Rückstand Österreichs im internationalen Vergleich nicht verringert hat.

Ein weiteres Kennzeichen des österreichischen Schulsystems sind seine regionalen Disparitäten. Über den räumlichen Standort der Kinder und Jugendlichen erfolgt eine

erhebliche bildungsspezifische Selektion, die in weiterer Folge Auswirkungen auf die berufliche Positionierung, das Einkommen und die soziale Stellung haben wird. Es ist beachtlich, wie wenig dieser Mechanismus der gesellschaftlichen Selektion in der medialen und politischen Öffentlichkeit diskutiert wird. Dies führt dazu, dass weder dem individuellen Bürgerrecht auf Bildung noch dem volkswirtschaftlichen Interesse einer „Bildungsgesellschaft“ an der Mobilisierung der „Begabungsreserven“ entsprochen wird.

Die regionalen Disparitäten zeigen sich einerseits durch eine Ost-West-Disparität und andererseits und besonders durch ein Stadt-Land-Gefälle. Der Hauptschulbesuch ist in den Bezirken der westlichen Bundesländer Salzburg, Tirol und Vorarlberg häufiger als in den östlichen, der Besuch der AHS und in weiterer Folge der BHS dagegen seltener. In den städtischen Bezirken, den großen Städten Österreichs und in den Umlandbezirken ist der Hauptschulbesuch deutlich seltener als an den Rändern der Agglomerationsräume. In 23 Bezirken – das ist ein Viertel aller Bezirke Österreichs – bleibt die Besuchsquote einer AHS-Unterstufe unter 10%. Es handelt sich dabei meist um ländliche Gebiete, die gleichzeitig auch als ökonomisch und distanziell peripher zu bezeichnen sind. Der Zentrale Ort dieser Bezirke ist schwach ausgestattet und besitzt in vielen Fällen gar keine AHS, und wenn, dann nur eine Oberstufenform.

Die ungleiche Ausstattung der Bezirke mit schulischen Einrichtungen für die 10–14-Jährigen und im sekundären Ausbildungsbereich führt zu ungleichen Bildungschancen, die individuell nur dann ausgeglichen werden, wenn Kinder und Jugendliche pendeln. Die Schülerpendelwanderung ist der individuelle „Preis“ für die räumlichen Disparitäten im Bildungsbereich. Österreichs Schüler und Schülerinnen bezahlen diesen Preis in einem hohen Ausmaß. Ein Viertel aller Schüler und Schülerinnen (einschließlich der Volksschüler) muss täglich länger als eine halbe Stunde zur Schule pendeln oder wird überhaupt zu einem Wochenpendler.

Die ungleiche Ausstattung mit schulischer Infrastruktur legt die Forderung nach einem Ausbau nahe. Aber ist die Forderung nach dem gezielten Ausbau schulischer Infrastruktur angesichts der demographischen Entwicklung überhaupt sinnvoll? Gehen den Schulen nicht langfristig die Schüler verloren, so dass weniger die Forderung nach einem Ausbau, sondern eher nach einem Rückbau zu erheben ist? Die Antwort ist zweigeteilt: Die Analyse stützt sich dabei auf die Prognose von Statistik Austria bzw. auf diejenige der Österreichischen Raumordnungskonferenz. Die demographische Entwicklung belegt den generellen Rückgang der Schülerzahlen, was eine Anpassungsleistung des österreichischen Schulsystems erforderlich macht. Während die Zahl der Einwohner insgesamt bis 2031 um rund +3% zunehmen wird, sinkt die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im selben Zeitraum um insgesamt –13,5%. Besonders stark geht dabei die Zahl der 5–9-Jährigen zurück (–16,6%). Der Rückgang der 20–24-Jährigen fällt mit –10,1% deutlich schwächer aus. Bleiben die Schulbesuchsquoten konstant, dann wird ein Rückgang der Schülerzahlen in dieser Größenordnung zu erwarten sein. Werden Schulbesuchsquoten aber fortgeschrieben, dann beträgt der Rückgang der Schülerzahlen nur –9%.

Österreichs Schulen werden sich also mit rückläufigen Schülerzahlen auseinandersetzen müssen. Der Rückgang wird aber erst langfristig wirksam, nur einige Regionen und Schularten betreffen und insgesamt politisch verkräftbar sein. Er wird die Volks- und Hauptschulen und dabei besonders jene in Osttirol, in Teilen Kärntens, der Steiermark, des südlichen Burgenlands, die Bezirke im nieder- und oberösterreichischen Grenzgebiet und das nördliche Waldviertel betreffen. Die berufsbildenden sowie die allgemein bildenden höheren Schulen werden den Schülerrückgang in den meisten Fällen gar nicht bemerken, insbesondere

dann nicht, wenn die Schulen in den großen Städten oder in den Stadtumländern lokalisiert sind. Dort ist nicht Rückbau notwendig, sondern eher eine Expansion, wenn die weiten Pendeldistanzen eingeschränkt werden sollen. Und mit der Zunahme der mit Matura abschließenden Ausbildungswege wird fast automatisch auch der Bedarf an postsekundären Ausbildungswegen (an Universitäten und Fachhochschulen) zunehmen.

Das soll nicht heißen, dass keine bildungspolitischen Maßnahmen notwendig wären. Aber es soll deutlich werden, dass diese regional angepasst zu erfolgen haben. Die unterschiedliche Ausstattung von Standorten mit Humanressourcen bestimmt die wirtschaftliche Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit von Regionen in einem hohen Ausmaß. Es ist daher darauf zu achten, dass Regionen nicht institutionell ausgedünnt werden. Regional angepasste Bildungseinrichtungen sichern die Wettbewerbsfähigkeit, das Fehlen derselben gefährdet diese. Wichtig erscheinen weitere vier Punkte:

1. Ein regional differenzierter Ausbau von Bildungseinrichtungen stellt die Voraussetzung dar, um das grundsätzliche Ziel des österreichischen Raumordnungskonzepts nach einer freien Entfaltung der Gesellschaft zu erreichen. Ein Ausbau oder eine Verlagerung von Bildungseinrichtungen in bisher unterversorgte Regionen ist notwendig. Insbesondere die Bezirke in den Stadtumländern sind als eher unterversorgt zu betrachten, ebenso die Bezirke, die keine Langform der AHS anbieten (z.B. Hermagor).
2. Eine Erhöhung der Attraktivität der Schulen und eine Sicherstellung schulischer Infrastrukturen in allen Bundesländern und Regionen können den Rückgang der Schülerzahlen bremsen. Ein Abbau von Disparitäten, eine Konvergenz von Besuchsquoten und ein Ausnützen aller „Bildungsreserven“ – auch in den untererfassten Regionen Österreichs – würden nicht nur den grundsätzlichen Zielen einer regionalisierten Bildungspolitik dienen, sondern gleichzeitig auch den Rückgang der Schülerzahlen bremsen.
3. Aufgrund des Rückganges der Zahl der Kinder, der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen wird das Bildungssystem im Allgemeinen und werden die Schulen im Besonderen dazu gezwungen sein, neue Funktionen wahrzunehmen, um einem sehr drastischen Strukturwandel zu entgehen. Besonders betroffen werden die Volks- und Hauptschulen sein, die auch wenig bis gar keine Möglichkeiten haben, über Attraktivitätssteigerungen Schüler aus anderen Schulen abzuwerben. Die Volks- und Hauptschulen, die in Österreich flächig verteilt sind, müssen ihre lokale Verankerung nützen, um neue Aufgabenfelder und neue „Kundschaft“ zu finden. Die Volks- und Hauptschulen könnten als „community schools“ auch Funktionen in der Erwachsenenbildung übernehmen. Das, was Volkshochschulen gegenwärtig bereits vor Ort organisieren, könnte zumindest teilweise auch von Volks- und Hauptschulen mitübernommen und getragen werden. Gerade die schulische Betreuung einer alternden Gesellschaft, deren Bildungs- und Qualifizierungsbedarf ebenso gegeben ist, verlangt eine lokale Verankerung, denn die Mobilität wird in vielen Fällen nicht mehr gegeben sein. Daraus würden sich Synergieeffekte hinsichtlich der Nutzung der schulischen Infrastruktur und des Humankapitals ergeben.

Insgesamt ist aber eines zu beachten: Eine breite, regional gestreute und miteinander vernetzte Schul-, Bildungs- und Forschungsinfrastruktur ist eine notwendige Vorleistung, um Standortqualitäten zu erzeugen und ein „kreatives Milieu“ vor Ort zu schaffen. Vorleistungen rechnen sich immer nur über Umwegrentabilitäten. Dies ist zu beachten, wenn über den Wert der Bildung und die Höhe von Bildungsbudgets verhandelt wird.